

Das Elektrizitätsrecht

Die Gesetzgebung als Instrument
der staatlichen Wirtschaftspolitik

Günther Winkler

Springer Wien New York

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	V
Überleitung und Rezeption des deutschen Elektrizitätsrechtes (1956)	1
Das Elektrizitätsrecht (1962)	15
I. Die geschichtliche Entwicklung	15
II. Die Verfassungsrechtslage	18
III. Das geltende Recht	20
1. Allgemeine Charakteristik	20
2. Die Stromerzeugung	20
3. Stromwege, Stromanlagen, Strommaße	22
a) Die Stromwege	22
b) Die Stromerzeugungs-, -lieferungs- und -verbrauchsanlagen	23
c) Die Strommaße	24
4. Die Stromversorgung	25
IV. Die staatliche Lenkung der Elektrizitätswirtschaft	27
1. Der Aufbau der Elektrizitätswirtschaft	27
2. Die Lenkung der Elektrizitätswirtschaft	29
3. Planung und Förderung der Elektrizitätswirtschaft	30
a) Die Statistik	30
b) Die Steuer	31
V. Die Organe der Vollziehung	32
a) Die Bundesorgane	32
b) Die Landesbehörden	33
c) Instanzenzug und Rechtsschutz	33
VI. Schluß	33
Anhang I	35
Anhang II	36
Verfassungsrechtsfragen der Elektrizitätswirtschaft (1997)	39
I. Sachfrage und Problemstellung	39
1. Die Sachfrage	39
2. Die Problemstellung	40
II. Eine Bestandsaufnahme der österreichischen Elektrizitätswirtschaft	41
1. Wirtschaftliche und technische Voraussetzungen der Versorgung mit elektrischer Energie	41
2. Eckdaten der Erzeugung von elektrischer Energie in Österreich	43
III. Die geschichtliche Entwicklung der Elektrizitätswirtschaft und des Elektrizitätsrechtes	45
IV. Grundzüge des Elektrizitätswirtschaftsrechts	48
1. Die Konzessionspflicht	49
2. Das Elektrizitätswirtschaftliche Bewilligungsverfahren	49
3. Rechte und Pflichten der Elektrizitätsversorgungsunternehmen	51

a) Allgemeine Bedingungen und Tarife	51
b) Die Allgemeine Anschluß- und Versorgungspflicht	51
c) Leistungspflicht und Kontrahierungszwang	51
d) Ausnahmen von der allgemeinen Anschluß- und Versorgungspflicht	52
e) Das Gleichbehandlungsgebot	53
f) Baukostenzuschüsse	53
g) Die Verpflichtung zur Abnahme elektrischer Energie	53
h) Die „Ersatzvornahme“ bei Nichterfüllung der Versorgungsaufgabe	53
V. Elektrizitätswirtschaft und Energielenkungsrecht	54
1. Die verfassungsgesetzliche Grundlage	54
2. Allgemeine Lenkungsmaßnahmen	55
3. Lenkungsmaßnahmen zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung	56
4. Bundeslastverteiler und Landeslastverteiler	57
5. Mehrverbrauchsgebühren und Verwaltungskosten	58
6. Auskünfte und Beratungen	59
VI. Grundzüge der gesetzlichen Regelungen der Elektrizitätswege	59
VII. Rechtsgrundlagen der Strompreisgestaltung	60
1. Die Preisregelung nach dem Elektrizitätswirtschaftsrecht	61
2. Die Preisregelung nach dem Preisgesetz 1992	62
VIII. Das verfassungsgesetzliche Wirtschaftlichkeitsgebot als Determinante des Organisationsrechts	63
IX. Das Ziel einer einheitlichen Elektrizitätswirtschaft und seine Verwirklichung im geltenden Recht	67
1. Das verfassungsgesetzliche Gebot des einheitlichen Wirtschaftsgebietes ..	67
2. Das verfassungsgesetzliche Gebot der Einheitlichkeit des Wirtschaftsgebietes und die Elektrizitätsversorgung als öffentliche Aufgabe	69
a) Der Verfassungsrang des 2. Verstaatlichungsgesetzes	69
b) Öffentliche Interessen und öffentliche Aufgaben der Verbundgesellschaft im 2. VerstG	70
c) Die Errichtung von Großkraftwerken als Indikator für das Konzept einer einheitlichen Energiewirtschaft	72
d) Zu den Schranken des Gebotes des einheitlichen Wirtschaftsgebietes für die Organisation der Elektrizitätswirtschaft und für das Handeln ihrer Organe	73
e) Die zweifache Gesetzgebung und die Vollziehung durch Landesorgane auf dem Gebiet des Elektrizitätswesens	76
f) Das Preisrecht und die Auswirkungen des Homogenitätsgebotes auf Art 12 Abs 1 Z 5 B-VG	77
X. Die Gemeinwohlbindung als Ordnungsprinzip des Elektrizitätswirtschaftsrechts	80
XI. Die öffentliche Aufgabe der Elektrizitätsgesellschaften als Determinante einer dem Gemeinwohl verpflichteten Verbundorganisation	82
1. Die Aufgaben der Verbundgesellschaft	83
a) Die allgemeine Zielvorgabe für die Aufgabenerfüllung	84
b) Die Ermittlung des Strombedarfes	85
c) Der Ausgleich zwischen Erzeugung und Bedarf	86
d) Die Übernahme von Leitungen und der Abschluß von Transport- und Lieferungsverträgen	86

e) Die Veranlassung des Bauens und des Betriebes von Großkraftwerken	87
f) Die Einhaltung der Grundsätze der Arbeitsteilung zwischen den Landesgesellschaften und der Verbundgesellschaft	87
g) Die Prüfung von und die Zustimmung zu Stromlieferungsverträgen ..	88
2. Die Sondergesellschaften und ihre Aufgabe	88
3. Materielles Recht und Organisationsrecht	89
XII. Die europarechtlichen Rahmenbedingungen	92
XIII. Maßnahmen zur Verbesserung der materiellen und organisatorischen Rahmenbedingungen der Elektrizitätswirtschaft	96
XIV. Schwerpunkte einer sachgemäßen Gesamtreform des Elektrizitätsrechtes	101
1. Einleitung	101
2. Wirtschaftliche Bestandsaufnahme und wirtschaftspolitische Zielsetzung	102
3. Rechtliche Bestandsaufnahme und rechtspolitische Zielsetzungen	102
4. Rechtliche Reformansätze	103
a) Das Verfassungsrecht	103
b) Das einfachgesetzliche Recht	104
c) Die Vollzugskompetenzen	104
d) Die Verbundorganisation	105
5. Allgemeine Schlußfolgerungen	105
Literaturverzeichnis	107

Verfassungsrechtliche Fragen einer Reform

des österreichischen Elektrizitätswesens (1998)	109
I. Der Inhalt des Reformentwurfs	109
II. Die geltende Kompetenzlage	112
III. Die hoheitliche Stellung der Verbundgesellschaft in der Organisation der Elektrizitätswirtschaft	124
1. Die geltende Verfassungsrechtslage	124
2. Die europarechtlichen Rahmenbedingungen für eine Neuregelung	128
3. Die unzureichende Berücksichtigung öffentlicher (gemeinwirtschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher) Interessen im Reformentwurf	134
4. Grundrechtliche Aspekte: Eingriffe in das Eigentumsrecht und in den Gleichheitsgrundsatz	144
IV. Die Öffnung des Elektrizitätsmarktes eines Staates	148
1. Die europarechtlichen Vorgaben der Richtlinie für die Organisation des Zugangs zu den Elektrizitätsnetzen	148
2. Die monopolistischen Elektrizitätsmärkte als Grund für das Alleinabnehmersystem	152
3. Die unausgewogene und unsachliche Marköffnung für die Landesgesellschaften und die Verbundgesellschaft	155
4. Unzureichende Regelung des Netzbetriebs und der Organisation des Netzzugangs	162
V. Die Berücksichtigung ökologischer Aspekte (erneuerbare Energie) und heimischer Primärenergieträger	168
1. Die europarechtlichen Regelungen	168
2. Die Umsetzung im Entwurf	170

VI. Schwerpunkte der verfassungsrechtlichen und europarechtlichen Kritik am Regierungsentwurf	176
Anhang 1: Fragen an den Gesetzgeber	186
Anhang 2: Literaturnachweis	198
Planung in Staat und Gesellschaft (1961)	200
I. Allgemeines	200
II. Das österreichische politische System	202
III. Staatliche Planung	204
1. Rechtsgrundlage	204
2. Organisation	206
a) Planungsstäbe des Bundes	206
b) Planungsstäbe der Länder	207
c) Planung in den Gemeinden	207
IV. Nichtstaatliche Planung	209
V. Demokratisierung	209
1. Schuldemokratie	211
2. Betriebsdemokratie	212
3. Demokratisierung der Hochschulen	213
4. Gemeindedemokratie	214
Literaturverzeichnis	215